

Palästina – Selbständiger Staat oder israelische Kolonie?

Welche politischen Chancen hat ein palästinensischer Staat überhaupt?

Von Ludwig Watzal¹

Das Desaster, das sich mit Ausbruch der »Al-Aqsa-Intifada« in Israel und Palästina ereignet hat, hat viel mit dem Friedensprozess und dem Scheitern der Camp David-Verhandlungen vom Juli 2000 zu tun. Es hat meines Erachtens nie einen Friedensprozess gegeben, der diesen Namen verdient hätte. Es gab seit 1993 viel Prozess, aber keinen Frieden. Die Einzelheiten erspare ich mir. Der Auslöser des zweiten Aufstandes der Palästinenser war das Scheitern der Camp David-Verhandlungen und die Enttäuschungen, die der Friedensprozess mit sich gebracht hat. Der Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Sharon auf dem Haram al-Sharif (Tempelberg) war nur der Auslöser. Im Jahr 2000, sieben Jahre nach Oslo, war die Lage schlimmer als jemals zuvor. Schon vor Camp David hat Ministerpräsident Ehud Barak gegenüber Amir Oren in »Haaretz« vom 23. Juni 2000 erklärt, dass es »eine Gefahr palästinensischer Unruhen nach dem Modell des Südlibanon« geben werde. Der Aufruhr werde für September erwartet, »aber die israelische Armee wurde angewiesen, sich so auf ihn vorzubereiten, als würde es schon morgen dazu kommen«.

Dass es ein »großzügiges Angebot« Ehud Baraks in Camp David gegeben hat und die Palästinenser es nicht angenommen haben, ist ein Mythos. Es gibt keine Dokumentation, welche die Behauptungen Baraks belegen würde. Seinen Delegationsmitgliedern hatte er ausdrücklich untersagt, irgendetwas Schriftliches vorzulegen. Es hat streng genommen nie ein Angebot Baraks gegeben. Der entscheidende Punkt in Camp David war die Forderung Baraks, beide Seiten müssten ein »endgültiges Abkommen« unterzeichnen, das von einer Erklärung der Palästinenser über »das Ende des Konfliktes« begleitet sein müsste. Wenn die Palästinenser ein solches Abkommen unterzeichnet hätten, hätten sie jegliche völkerrechtlichen Ansprüche aufgegeben. »Wenn die Palästinenser einen Staat etablieren

wollen, müssen sie zuerst erklären, dass der hundert Jahre alte jüdisch-arabische Konflikt nunmehr zu Ende ist«, so Barak. Dass es sich dabei um eine Drohung handelte, sei nur am Rande bemerkt. »Die Alternative«, so Barak, »ist eine blutige Konfrontation, die keinen Gewinn bringen würde.«

Was hat Barak nun wirklich angeboten? Angeblich habe er 95 Prozent der besetzten Gebiete den Palästinensern als Staat zugesagt. Wenn die israelische Regierung von dieser Zahl spricht, muss man wissen, dass davon Groß-Jerusalem, Latrun und das Jordantal ausgenommen sind. Zieht man es ab, kommt man auf 65 Prozent. Die Beanspruchung der Souveränität über den Tempelberg wurde von Barak zur wichtigsten Frage der Verhandlungen erhoben. Uplötzlich verwandelte sich der Tempelberg in »die heiligste Stätte des Judentums«. Seit der Eroberung der Altstadt von Jerusalem im Juni 1967 haben alle israelischen Regierungen versucht, die religiöse Bedeutung des Tempelberges und seine Relevanz für das heutige Israel herunterzuspielen. Diese Politik hielt Israel während der gesamten Besatzungszeit aufrecht. Barak brach aber mit dieser Tradition. Er stimmte auch ausdrücklich dem Besuch Sharons am 28. September 2000 auf dem Tempelberg zu. Was daraus folgte, ist bekannt.²

Die Bilanz dieser fünfjährigen Konfrontation ist erschreckend: Das politische Vertrauen zwischen Israelis und Palästinensern war zerstört. Der Hass aufeinander fast grenzenlos. Die Zerstörungen und Verwüstungen in den besetzten Gebieten und die Terroranschläge in Israel sind unbeschreiblich. Tote und Verletzte haben beide Seiten zu beklagen: 1091 Israelis und 3 672 Palästinenser wurden getötet, darunter 344 Kinder im Alter von null bis 14 Jahren und 320 im Alter von 15 bis 17. Von den Verletzten, die bei den Palästinensern in die Zehntausende und bei den Israelis in die Tausende gehen, gar nicht zu sprechen.

7700 Palästinenser befinden sich in israelischen Gefängnissen. Alleine 2004 wurden laut Btselem, einer israelischen Menschenrechtsorganisation, 1356 Häuser aus einem »angeblich militärischen Grund« zerstört. In Ost-Jerusalem wurden von 1999 bis 2004 229 Häuser zerstört, weil sie ohne Baugenehmigung errichtet worden sind. Dass Israel keine Baugenehmigungen erteilt, sei nur am Rande erwähnt.

Vor der Weltöffentlichkeit hat sich Israel mediengerecht einseitig nach 38 Jahren Besetzung aus dem Gaza-Streifen zurückgezogen. Die Bilder, die CNN stundenlang live übertrug, waren bewegend nur in der Hinsicht, wie human und verständnisvoll die israelische Armee mit den radikalen Siedlern umging. Die Palästinenser hätten sich eine solche Behandlung in den letzten 38 Jahren der Besetzung bestimmt auch gewünscht. Ihre Menschenrechte wurden aber nicht respektiert. Der unilaterale Abzugsplan aus dem Gaza-Streifen ging einher mit der einseitigen Landnahme in der Westbank zum Ausbau der Siedlungen und für den Weiterbau der Mauer in Ost-Jerusalem. Bei beiden Aktionen wurde die palästinensische Autonomiebehörde ignoriert. Der Abzug aus dem Gaza-Streifen ist positiv, die Landnahme in der Westbank ist jedenfalls völkerrechtswidrig. Der Berichterstatter der UNO für Menschenrechte, John Dugard, sagte u. a. »Was wir in der Westbank sehen, ist klar und eindeutig ein Akt von Annexion unter dem Vorwand der Sicherheit.«

Gaza ist nach wie vor besetztes Gebiet

Mit dem Abzug der israelischen Truppen ist die Besetzung des Gaza-Streifens jedoch noch nicht beendet, obgleich die israelische Regierung dies anders sieht. Für die Fortdauer der Besetzung spricht, dass Israel bis auf weiteres die gesamte Ein- und Ausreise von Menschen und Gütern sowie den Luftraum und den Seeweg kontrolliert. Die israelische Regierung hat sich auch das Recht zur militärischen Intervention einseitig zugestanden, falls israelische Orte beschossen werden würden, was in letzter Zeit immer wieder geschehen ist. Von der Beschießung, der gezielten Tötung und der »Terrorisierung« der Zivilbevölkerung durch unter der Schallmauer fliegende Jagdbomber und dem Abwurf von Knallbomben hat sie in den letzten Wochen und Tagen exzes-

siv Gebrauch gemacht, wie Gideon Levy in Haaretz vom 6. November 2005 berichtete. Solange nicht die vollständige Kontrolle an die palästinensische Behörde oder an die EU übertragen wird, die frei und ohne Israels Intervention oder Letztentscheidung über alle Fragen entscheiden können, gilt der Gaza-Streifen laut Völkerrecht nach wie vor als besetztes Gebiet. Ob daran die Beteiligung von EU-Grenzkontrolleuren etwas ändert, hat die UNO noch nicht entschieden. Es gilt also weiterhin die Vierte Genfer Konvention, nach der eine Besatzungsmacht auch für das Wohlergehen und den Schutz der Zivilbevölkerung zuständig ist. Solange die Vereinten Nationen nicht offiziell erklären, dass die Besetzung des Gaza-Streifens beendet ist, besteht sie fort. Von Optimismus, den deutsche und vielleicht auch österreichische Medien verbreitet haben, kann vorläufig noch keine Rede sein. Dass ein ökonomischer Aufschwung eintreten und aus dem Gaza-Streifen ein Singapur wird, können nur Illusionäre behaupten.

Im Augenblick ist das Gebiet immer noch belagert und gleicht einem großen »Freiluftgefängnis«, wie es John Dugard genannt hat, zu dem alleine Israel die Schlüssel besitzt. Der Gaza-Streifen ist von einem hohen Zaun, einer Mauer und Wachtürmen umgeben. Bisher gab es für die Palästinenser zwei Ausgänge: Im Süden den Übergang Rafah zu Ägypten, der seit dem 7. September geschlossen war und seit dem wieder geöffnet ist, und den Übergang Erez im Norden nach Israel. Die Siedler benutzten andere Übergänge. Was wir aber seit dem Abzug erleben mussten, könnte man als einen »blutigen Frieden« bezeichnen. Über 70 Palästinenser kamen bei Angriffen der israelischen Armee ums Leben, Vergeltungsmaßnahmen wegen vier Selbstmordattentaten, bei denen über 20 Israelis ums Leben kamen. Nach dem Rückzug hat das israelische Militär freie Hand, um mit massiver Gewalt gegen die Palästinenser vorzugehen. Man ist auch wieder zur Politik der gezielten Tötungen zurückgekehrt. Hatte man doch eine Periode der Ruhe und sogar die Wiederaufnahme des Friedensprozesses erhofft. Ein wirklicher Friede scheint in unerreichbare Ferne gerückt zu sein. Gideon Levy hat in dem bereits erwähnten Artikel mit dem Titel »Dämonen an Gazas Himmel« die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung beschrieben. »Die beste Luftwaffe der Welt macht sich einen Spaß daraus, Angst und Hilflosigkeit in einer (zu

Tode) erschrockenen Zivilbevölkerung zu verursachen. Diese die Schallmauer durchbrechenden Explosionen, deren einziger Zweck es ist, unter unschuldigen Zivilisten Angst hervorzurufen, kamen zu den Artilleriegranaten, die den Gazastreifen bombardierten, und dem täglichen Sperrfeuer der Raketen, die willkürlich bewaffnete Militante und unschuldige Leute töten. Die Tatsache, dass die Luftwaffe diese Waffe vor allem während der Nacht oder am frühen Morgen benutzt, wenn Massen von Schülern auf dem Schulweg sind, macht ihre Boshaftigkeit noch sichtbarer. Israel mag sich aus dem Gazastreifen zurückgezogen haben – aber noch nicht von seinem Himmel.

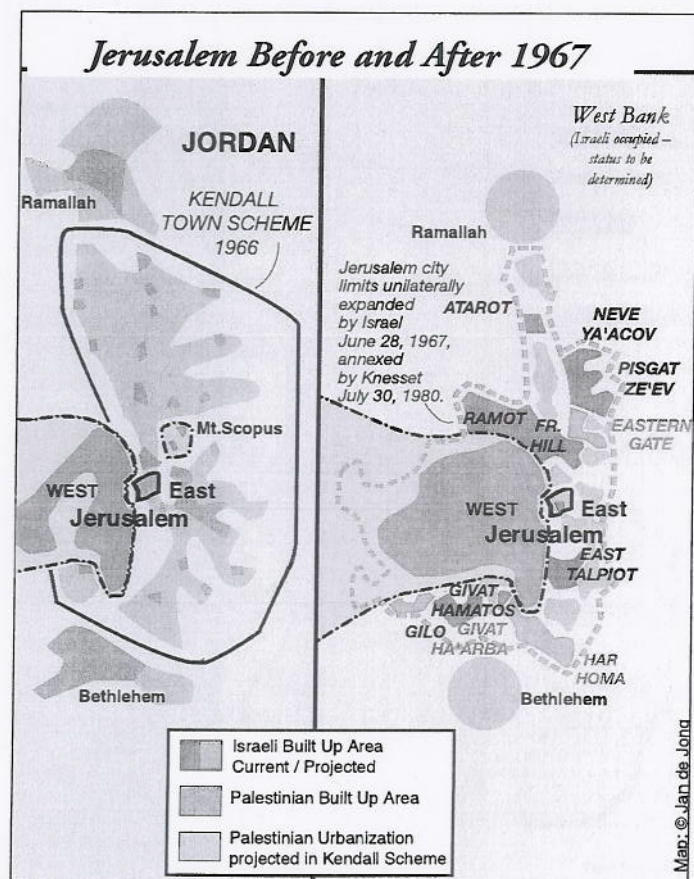
Natürlich ist das Liquidieren und Beschießen viel schlimmer. Aber der Gedanke hinter der Anwendung dieser Explosionsbomben ist nicht weniger abschreckend. Israel hat an seiner alten und miesen Politik festgehalten, die glaubt, dass das »Einbrennen ins Bewusstsein« der ganzen Bevölkerung hilft, dass sie Täter daran hindert, Terrorakte zu begehen. Das Ergebnis ist natürlich das Gegenteil; die grausamen Mittel der Kollektivstrafe dienen eher der Ermutigung zum Terror statt ihn zu verhindern. Aber die Unwirksamkeit dieser Methode ist nicht der einzige Nachteil. Eine Luftwaffe, die ihren Piloten befiehlt, unerträglichen Lärm zu verursachen, um Angst unter Zivilisten zu säen, ist eine Luftwaffe mit einem moralischen Makel ... So sieht das Leben im »befreiten« Gaza aus: die Bedingungen der Einkerkung sind noch schwerwiegender als vor dem Abzug. Es besteht tatsächlich eine vollkommene Blockade, die die Kranken, Studenten, Arbeiter, ja, jeden betrifft; und da gibt es die täglichen Liquidationen und Lärmbomben.«

In einem Interview mit »der tageszeitung« (taz) vom 1. November hat Gideon Levy die Lage wie folgt beschrieben: »Schlecht wie immer, nichts hat sich grundlegend verändert. Die Tatsache, dass die Wächter nun das Gefängnis verlassen haben und sich um das Gefängnis gruppieren, macht für die Gefangenen keinen großen Unterschied. Gut, das Gefängnis ist jetzt größer.«

Unabhängiger palästinensischer Staat – eine Illusion

Wenn Israel tatsächlich an einem ernsthaften Frieden interessiert gewesen wäre, hätte sich der Abzug aus dem Gaza-Streifen gleichwohl als der

erste konkrete Schritt auf dem Weg zu einem Palästinenserstaat erweisen können. Israel hatte sich zum ersten Mal von Gebieten getrennt, welche die zionistische Bewegung zum historischen Palästina gezählt hat und dass die Nationalreligiösen als Teil von Eretz Israel, dem Land Israel, zugehörig betrachteten. Ich bin jedoch sehr skeptisch. Wie ein solcher Staat in ferner Zukunft aussehen könnte, möchte ich Ihnen heute Abend vor Augen führen. Er wird weder unabhängig noch eine Kolonie sein. Die Enklaven werden eher einem »One big Prison« gleichen, wie es die Menschenrechtsorganisationen Btselem und Hamoked in einer kürzlich erschienenen Studie genannt haben. Die Umrisse eines möglichen Staates werden durch den Bau des so genannten Sicherheitszaunes (652 Kilometer) oder der Mauer (davon 30 Kilometer) vorgegeben. Um Ost-Jerusalem und um die Siedlungen, die zum Großraum Jerusalem gezählt werden, wird eine 75 Kilometer lange Mauer gebaut, davon sind erst 25 Prozent fertig gestellt. Dieser Mauerbau wird in Ost-Jerusalem 55 000 Menschen vom Rest der Hauptstadt Israels abtrennen; dies entspricht einem Viertel der 240 000 palästinensischen Bewohner.

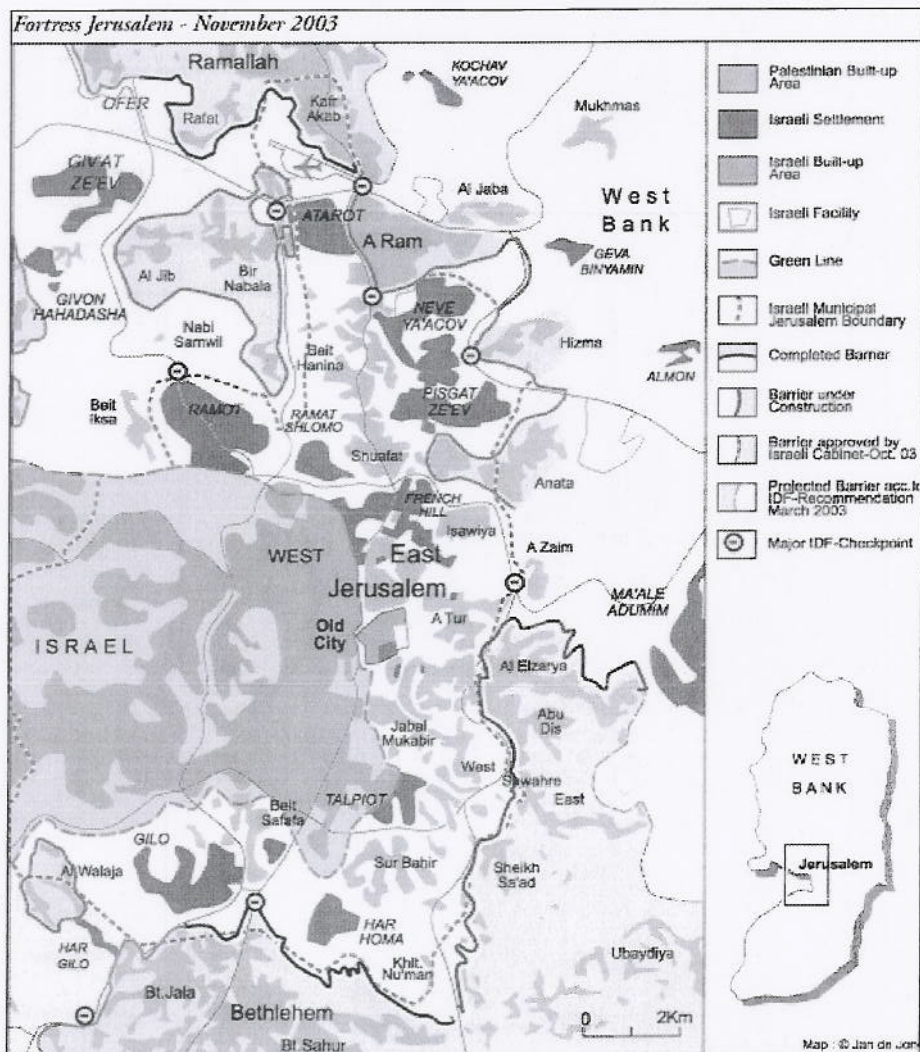


Was in Europa meist nicht wahrgenommen wird, ist die Tatsache, dass innerhalb der politischen Elite Israels eine über 95prozentige Einigkeit darüber besteht, den Palästinensern keinen Staat im völkerrechtlichen Sinne und in den Grenzen von 1967 zu geben. Die Unterschiede zwischen den israelischen Parteien diesbezüglich sind nur marginal. Für die politische Elite Israels gelten fünf Positionen als unverrückbar und nicht verhandelbar: Es kann keinen Rückzug auf die Grenzen von 1967 geben. Keine der führenden Parteien wäre jemals bereit, mehr als die Hälfte der vom ursprünglichen, historischen Palästina verbliebenen 22 Prozent an die Palästinenser zurückzugeben. Jerusalem bleibt ungeteilt und unter israelischer Souveränität. Es darf keine ausländische Macht westlich des Jordans geben. Die meisten Siedler bleiben auch nach einem Friedensvertrag unter israelischer Souveränität. Und Israel wird keine moralische oder rechtliche Verantwortung für das palästinensische Flüchtlingsproblem übernehmen.

Wie nahe die politischen Parteien beieinander stehen, zeigt auch der Bau der Mauer und des Sicherheitszaunes, die derzeit um die Palästinensergebiete errichtet werden. Von Sharon realisiert, geht er doch auf eine Idee der Arbeitspartei zurück, und zwar von Ehud Barak. Die Arbeitspartei war schon frühzeitig für eine völlige Trennung von den Palästinensern. Shavons Likud sträubte sich lange Zeit gegen diese Idee, da sie ihrer Groß-Israel-Ideologie widersprach. Erst im Zuge der zunehmenden Selbstmordattentate und Terroranschläge seit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada schwenkte man auf die Position der Arbeitspartei ein. Wie sich Sharon ein Zusammenleben mit den Palästinensern vorstellt, hat er bereits in seiner Autobiographie »The Warrior« dargelegt. Man müsse im palästinensischen Bewusstsein das Gefühl einer Niederlage verankern.

Die Palästinenser müssten ein ums andere Mal besiegt werden, sodass sich in ihnen die Überzeugung festsetze, niemals gewinnen zu können. Sharon kann sich ein dauerhaftes Zusammenleben mit den Palästinensern nur dann vorstellen, wenn sie an den zionistischen Traum glauben. Dieser hat sich aber im Bewusstsein der Palästinenser als Alptraum festgesetzt.

Trotz dieser historischen Voraussetzungen beharrt die palästinensische Führung auf folgenden Forderungen, die für sie als nicht verhandelbar gelten: Alle palästinensischen politischen Kräfte treten für das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in ihre Heimat oder eine »angemessene Entschädigung« gemäß der UN-Resolution 194 ein. Alle Gruppierungen verlangen einen Rückzug der israelischen Truppen auf die Grenze von 1967 in Übereinstimmung mit den UN-Resolutionen 242 und 339. Sie fordern die Räumung aller jüdischen Siedlungen und verlangen, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates wird.



Frieden weiter entfernt als je zuvor

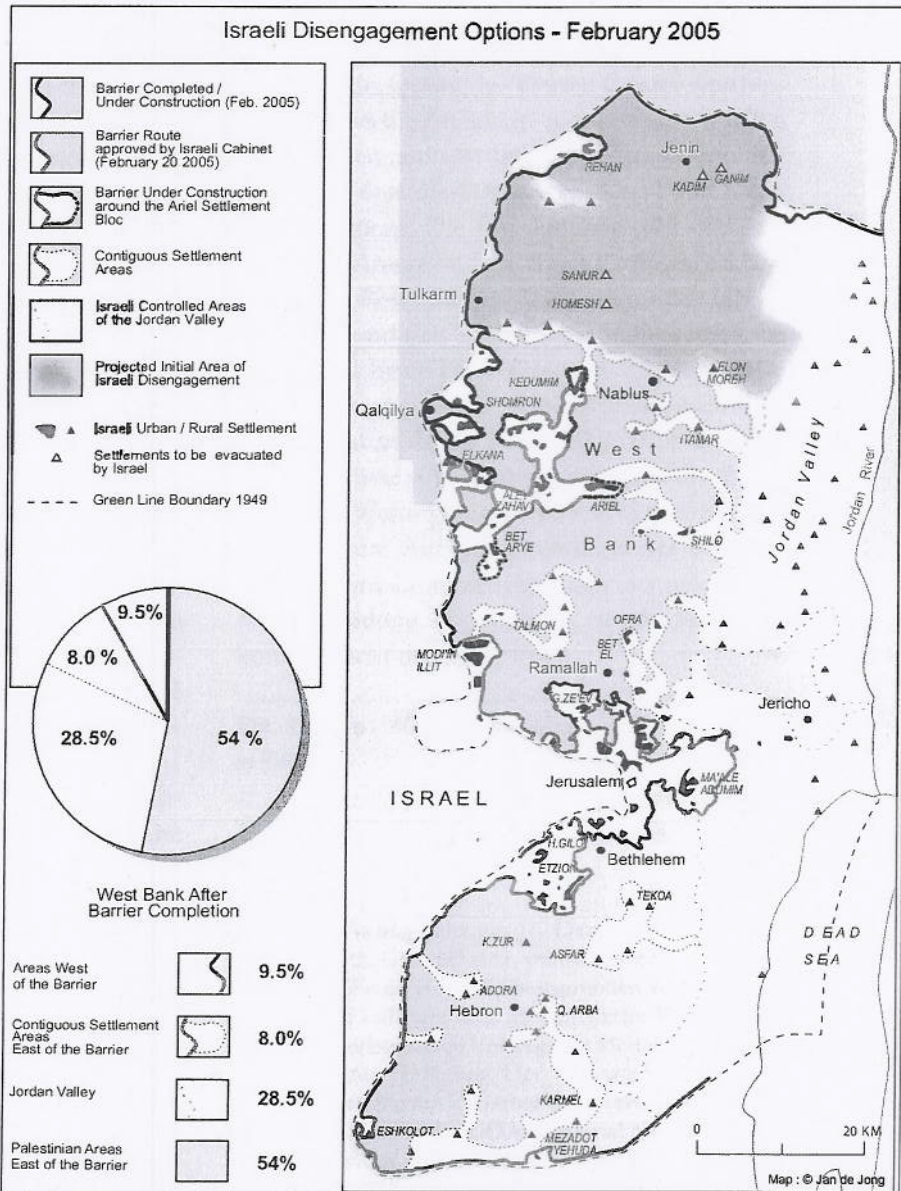
Die Lage in der Westbank ist nach wie vor katastrophal. Das israelische Militär ist überall, und die Bewegungsfreiheit der Menschen ist durch hunderte von Straßensperren erheblich eingeschränkt. Eine 30-Minuten-Fahrt von Ost-Jerusalem nach Ramallah zieht sich über Stunden hin. Die Demütigungen, denen die Menschen an den Checkpoints ausgesetzt sind, sind unbeschreibbar. Unter diesen Umständen ist zwar Frieden zwischen Israel und Palästina prinzipiell möglich, aber eher unwahrscheinlich. Einen gerechten und dauerhaften Frieden kann es nur geben, wenn der historischen Wahrheit zum Durchbruch und dem Völkerrecht Geltung verschafft werden. Zurzeit scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein. Eine monströse Mauer wird in bester Orwellscher Manier »Sicherheitszaun« genannt. Der FAZ-Korrespondent in Israel sprach sogar von »Umfriedungsanlage«! Die Errichtung dieses Grenzwalles wurde vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag in einem Urteil vom 9. Juli 2004 als »völkerrechtswidrig« bezeichnet, weil er zum größten Teil auf besetztem Land gebaut wird. Dieser so genannte Sicherheitszaun wird auf absehbare Zeit die Grenze des Staates Israel markieren. Das nächste Schaubild beantwortet die Frage: Selbständiger Staat oder Israelische Kolonie oder großes Gefängnis?

Die wichtigste Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden hat der ehemalige Nahostkorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Arnold Hottinger, 1994 so formuliert: »Die Palästinenser können nicht »gerecht« behandelt werden, solange man vor sich selbst, vor ihnen und vor der ganzen Welt abstreitet und leugnet, was sie erleiden mussten und bis zur Gegenwart weiter erleiden. Dies ist nicht nur eine moralische, sondern

auch eine politische Grundfrage. Es wird und kann keinen wirklichen Frieden geben, solange die Israelis sich selbst und dem Rest der Welt erklären, sie hätten immer moralisch und politisch richtig, gerecht und sauber gehandelt. Nur wenn sie einmal selbst erkennen, dass sie den Palästinensern schweres Unrecht angetan haben, besteht die Möglichkeit, dass ein dauernder Frieden mit ihren heutigen Untertanen und künftigen Nachbarn (?) zustande kommen kann.«

Dem Völkerrecht zum Durchbruch verhelfen

Neben der Realisierung der historischen Wahrheit ist die Implementierung des Völkerrechts für einen Friedensprozess unerlässlich, wie Yvonne



Schmidt bereits erwähnt hat. Am 9. Juni 2005 hat das Oberste Gericht Israels die Bedeutung des Völkerrechts in einer Entscheidung hervorgehoben, in der es den Weg für den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Gaza-Streifen und aus vier Siedlungen in der Westbank freigemacht hat. Die Entscheidung war eindeutig: elf von zwölf Richtern gaben dem Abzug ihren Segen. In der Begründung stehen bemerkenswerte Sätze wie: »Judäa und Samaria (Westjordanland, L.W.) und der Gaza-Streifen sind Gebiete, die durch Krieg erobert wurden und nicht Teil Israels sind.« Sie befänden sich unter »kriegerischer Besetzung« und unterliegen nicht israelischer Jurisdiktion. Implizit bestätigen die Obersten Richter damit nicht nur die Anwendbarkeit und Geltung des Völkerrechts, sondern auch die bestehende Waffenstillstandslinie von 1949 als offizielle Grenze Israels.

In der Präambel der UN-Sicherheitsratsresolution 242 steht, »dass es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern«. Dies schließt ein, dass die israelische Besetzung palästinensischen Landes beendet, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt, ein souveräner Palästinenserstaat mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem geschaffen, die Rückkehr der Flüchtlinge gemäß den UN-Resolutionen gestattet sowie die Auflösung der Siedlungen in den besetzten Gebieten beschlossen wird. Letztere stellen das Haupthindernis für einen gerechten Frieden dar.

Auf der Grundlage der gescheiterten Oslo-Verträge, der Roadmap oder der so genannten Genfer Initiative kann kein dauerhafter Frieden erreicht werden, da sie dem Prinzip der Gleichheit der Partner widersprechen. In diesen Dokumenten gibt es keine Anerkennung der Ursachen des Konfliktes, kein Wort zur Flucht- und Vertreibungsproblematik von 1948 und 1967 sowie nichts über die verheerenden Auswirkungen der langen Besatzungsherrschaft.

Schon deshalb sollte ein Neubeginn im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz unter Beteiligung der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, Russlands und der USA gemacht werden. Unter Teilnahme aller Konfliktparteien – Israels, Syriens, des Libanons und der Palästinenser – könnte es gelingen, der Region einen stabilen Frieden zu sichern.

Wenn ein Akteur berufen ist, am Verhandlungstisch zu sitzen, dann sind es die Vereinten Nationen. Israel ist der einzige Staat, der durch eine UN-Resolution geschaffen worden ist. Auch

die palästinensischen Flüchtlinge werden von Beginn ihrer Vertreibung und Flucht von der UN-Organisation UNRWA betreut. Der Konflikt ist umrahmt von einem völkerrechtlichen Regelwerk. Er muss durch die Umsetzung von Völkerrecht und nicht durch politische Oktrois gelöst werden.

Die Teilungsresolution 181 der UN-Generalversammlung vom 29. November 1947 definiert Jerusalem als »corpus separatum« und stellt die Stadt unter internationale Verwaltung; die UN-Resolutionen zu Jerusalem sind Legion. Die Resolution 194 (III) der Generalversammlung vom 11. Dezember 1948 regelt die Rückkehr und die Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge. Die Resolution 242 des Sicherheitsrates besagt, dass sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückziehen habe, und dass Landerwerb aufgrund von militärischer Besetzung illegal sei. Der Transfer der eigenen Bevölkerung in besetztes Gebiet widerspricht der Vierten Genfer Konvention, ebenso die Annexion von Gebieten wie den Golanhöhen und Ost-Jerusalem. Resolution 465 stellt fest, dass die Siedlungen illegal und abgerissen gehören. Die Resolutionen 478 und 252 haben die Annexion Jerusalems für illegal erklärt. Alle diese Resolutionen wurden von der UNO, den USA und den Palästinensern akzeptiert. Israel hat bis heute keine dieser wichtigen Resolutionen akzeptiert. Hier wird deutlich, welche eminent wichtige Rolle das Völkerrecht und die UNO in diesem Konflikt haben, aber bis heute wurde die Weltorganisation bei der Lösung außen vor gelassen. Auf der Grundlage des sich abzeichnenden Grenzverlaufs und einer möglichen Kantonsbildung lässt sich der älteste Regionalkonflikt nicht dauerhaft lösen. ❖

DR. LUDWIG WATZAL ist Publizist und Universitätslektor in Bonn.

E-Mail: LWatzal@aol.com

Webseite: www.Watzal.com

Fußnoten

- 1 Dieser Vortrag hätte am 16. Dezember 2005 an der Universität Graz gehalten werden sollen. Leider musste Dr. Watzal aus Krankheitsgründen kurzfristig absagen. Er stellt uns aber dankenswerter Weise seinen bereits vorbereiteten Vortragstext für diese Veröffentlichung zur Verfügung. Der Text wurde geringfügig bearbeitet und mit Zwischentiteln versehen.
- 2 Siehe dazu auch das GÖAB-Material Nr. 49 (1/2005) »Der Mythos von Camp David II – Die Verhandlungen im Juli 2000«.